

Dear reader,

This is an Accepted Manuscript that has been published in *Informationes Theologiae Europae* 8 (1999)..

The document does not include the final publisher's layout or pagination.

Original publication:

Thomas Bremer

Menschenrechtsverletzungen und Militärintervention auf dem Kosovo - Implikationen für Kirche und Theologie

in: *Informationes Theologiae Europae* 8 (1999), pp. 139–150

Berlin u.a.: Peter Lang 1999

Access to the published version may require subscription.

Published in accordance with the policy of Peter Lang: <https://www.peterlang.com/repository-policy/>

Your IxTheo team



Menschenrechtsverletzungen und Militärintervention auf dem Kosovo - Implikationen für Kirche und Theologie

Das militärische Vorgehen der NATO gegen die Bundesrepublik Jugoslawien im Frühjahr 1999 hat – abgesehen von der menschlichen Dimension der Morde, Vertreibungen und „Kollateralschäden“ - eine Reihe von völkerrechtlichen, politischen und auch ethischen Fragen aufgeworfen. Der Hauptgrund hierfür liegt vor allem in der Selbstmandatierung der NATO, die ohne ausdrückliche Ermächtigung durch den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, aber unter Berufung auf die Resolution 1199 vom 23. September 1998 (die jedoch kein militärisches Vorgehen vorsieht) sowie die „Aktivierungswarnung“ vom darauffolgenden Tag und die „Aktivierungsanordnung“ vom 13. Oktober 1998 die Luftschläge gegen Jugoslawien aufgenommen hat¹. Viele Beobachter und Fachleute sind der Meinung, daß dieses Vorgehen der NATO vom geltenden internationalen Recht nicht gedeckt war. Auch das (letztlich erfolgreiche) Bemühen, für den Einsatz der internationalen Friedenstruppe KFOR die Zustimmung des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen zu gewinnen, ändert nichts an dieser Einschätzung.

Abgesehen von den Strukturproblemen der Vereinten Nationen, über die in diesem Zusammenhang ebenfalls nachzudenken sein wird, stellt sich hier insbesondere die Frage nach der Beziehung zwischen den bestehenden rechtlichen Verpflichtungen und Normen einerseits und den moralischen und naturrechtlichen Grundsätzen andererseits, auf die sich die Befürworter des NATO-Einsatzes berufen. Waren die Gründe für die moralische Rechtfertigung des Einsatzes, nämlich die Verhinderung der massiven Menschenrechtsverletzungen durch das jugoslawische Regime, so gewichtig, daß die Außerkraftsetzung der bestehenden völkerrechtlichen Normen gebilligt werden konnte und mußte? Die wohl wichtigste Errungenschaft der internationalen Beziehungen des 20. Jahrhunderts, nämlich an die Stelle der Freiheit der Staaten, je nach ihren Interessen Kriege führen zu können, die Friedenspflicht und damit ein Prinzip des Rechts gesetzt zu haben, das wenigstens theoretisch einklagbar war, scheint in Frage gestellt, wenn die Moral über das Recht gesetzt wird.

Die Kirchen und auch die Theologie bleiben von diesen Fragen nicht unberührt. Zum einen gehören die Auseinandersetzung mit politischen Ereignissen und Entwicklungen und die Bewertung solcher Ereignisse durch die Kirchen nach heutigem Verständnis in unserer Gesellschaft zu den Aufgaben der christlichen Glaubensgemeinschaften. Zum anderen sind die deutschen Großkirchen vom Kosovo-Krieg in besonderer Weise betroffen: Sie unterhalten öku-

¹ Über die Ereignisse vor Beginn der NATO-Angriffe informiert detailliert: St. Troebst, The Kosovo War, Round One: 1998, in: Südosteuropa 48 (1999) S. 156-190; ders., Chronologie einer gescheiterten Prävention, in:

menische Beziehungen zur Serbischen Orthodoxen Kirche, und viele Menschen aus der betroffenen Region leben in Deutschland; einige davon sind Mitglieder christlicher Gemeinden. Auch ist die Militärseelsorge durch den Krieg vor neue Herausforderungen gestellt.

Ich will in den folgenden Überlegungen versuchen, einige der genannten Aspekte zu thematisieren, und zwar in drei Abschnitten, von denen der erste die politische Problematik darstellen soll, der zweite die Implikationen für die Kirchen und der dritte die für die Theologie, insbesondere für die Friedensethik, behandelt. Schließlich ist die Theologie ja herausgefordert, insofern zahlreiche theologische Stellungnahmen zum Thema Krieg und Frieden vorliegen, die angesichts der Ereignisse kritisch überdacht werden müssen.

Das politische Problem - Recht vs. Moral

Allgemein wird von den neueren Entwicklungen des Völkerrechts, insbesondere im 20. Jahrhundert, vor allem die Einführung geregelter Verfahren zur Beilegung von Konflikten geschätzt und betont. Staaten sind verpflichtet, Konflikte mit anderen Mitteln als mit militärischen zu lösen. Nur im Fall von Selbstverteidigung oder mit Zustimmung der Staatengemeinschaft ist der Einsatz von militärischer Gewalt legitimiert. Als Zustimmung der Staatengemeinschaft gilt gemeinhin ein einstimmig, also ohne Veto eines ständigen Mitglieds, gefaßter Beschluß des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen.

Dieses Instrumentarium der Weltgemeinschaft hatte faktisch nur ein kurzes Dasein, nämlich vom Ende des Kalten Krieges bis zum Einsatz in Jugoslawien. Während des Kalten Krieges durften sich solche Kriege nicht ereignen, die divergierende Interessen der beiden Großmächte ernstlich berührt hätten, die also zu einem atomaren Schlagabtausch hätten führen können. Die zahlreichen Stellvertreterkriege jener Zeit vollzogen sich entweder in der Interessensphäre *einer* der Großmächte, oder aber es wurde dafür gesorgt, daß sie nicht eskalierten. Daher fand in dieser Zeit kein zwischenstaatlicher Krieg in Europa statt. Die Krisen und Kriege nach 1945 trugen dazu bei, den Großmächten diese Patt-Situation allmählich begreiflich zu machen, ebenso der eskalierende atomare und konventionelle Rüstungswettlauf. So zeugen die Krisen um Berlin und um die sowjetischen Raketenstellungen auf Kuba zu Beginn der sechziger Jahre, die fast zu einer atomaren Auseinandersetzung zwischen den Großmächten geführt hätten, davon, daß sich dieses Bewußtsein erst langsam durchsetzte. Es ist bezeichnend, daß

in den letzten Jahren der Blockkonfrontation der Ausbruch eines Atomkrieges am ehesten wegen eines technischen oder menschlichen Irrtums für möglich gehalten wurde.

Erst nach dem Auseinanderbrechen des Warschauer Pakts also war im Sicherheitsrat Einheit über Interventionen in Konflikte zu erlangen; interessanterweise waren das zum größten Teil gerade innerstaatliche Auseinandersetzungen wie etwa in Kambodscha oder in Somalia. Doch auch bei internationalen Konflikten sanktionierte der Sicherheitsrat den Einsatz von militärischer Gewalt zur Beendigung des Konflikts bzw. zur Wiederherstellung des vorhergehenden Zustands. Gerade angesichts des NATO-Eingreifens in Jugoslawien wird oft vergessen, daß der Golfkrieg ja mit Billigung der Staatengemeinschaft geführt wurde. Wegen der heftigen Proteste, die es seinerzeit vor allem in Europa gegeben hat, ist zu bezweifeln, daß eine Sanktionierung der Kosovo-Intervention durch die Vereinten Nationen die Gegner dieses Einsatzes überzeugt hätte.

Mit der Kosovo-Intervention hat sich das westliche Bündnis nun erstmals über die bisher gültigen Prinzipien hinweggesetzt und sie faktisch außer Kraft gesetzt. Die Begründung hierfür lag zunächst in der Weigerung der jugoslawischen Regierung, die von der internationalen Staatengemeinschaft aufgestellten Bedingungen (vor allem: Zulassung einer internationalen Schutztruppe, Rückzug der jugoslawischen Armee- und Sicherheitskräfte, Rückführung der Flüchtlinge, Autonomieregelung für die Provinz) zu erfüllen². Mit den Vertreibungsaktionen der Serben gegen die Kosovo-Albaner, die nach Abzug der OSZE-Beobachter und nach Beginn der Angriffe mit großer Brutalität durchgeführt wurden und auf die sich die westlichen Länder nicht eingestellt hatten, tauchte jedoch ein neues Argument in der westlichen Begründung der Angriffe auf, nämlich die Verhinderung eines Völkermordes. Insbesondere deutsche Politiker verglichen die Situation zunehmend mit der des 2. Weltkriegs und den jugoslawischen Präsidenten Milošević immer häufiger mit Hitler.

Das moralische Argument ist somit erst nachträglich in die Debatte eingeführt worden, nämlich nach Beginn der Luftangriffe und der Vertreibungen. Doch ist es damit nicht ungültig geworden, zumal glaubhaft nachgewiesen werden konnte, daß der Vertreibungsplan der Serben bereits langfristig angelegt war. Die NATO hat somit aber doch von den Serben nachträglich die zentrale Begründung für ihre Intervention erhalten. Hätten die Vertreibungsaktionen nicht stattgefunden, wäre das westliche Bündnis in erhebliche Argumentationsschwierigkeiten geraten. Der Angriff wäre dann de facto nur durch die Weigerung der jugoslawischen Regierung zu begründen gewesen, auf ihrem Territorium fremde Truppen stationieren zu lassen, da sie ja grundsätzlich mit einer Autonomieregelung für das Kosovo einverstanden war. Eine

militärische Intervention der NATO mit dem einzigen Ziel, eigene Truppen auf dem Territorium eines souveränen Staates stationieren zu können, wäre aber – zumal ohne UN-Mandat - politisch und auch moralisch höchst fragwürdig gewesen.

Es ist wichtig, daß in der westlichen politischen und auch kirchlichen Öffentlichkeit kein Konsens darüber bestand und besteht, was eigentlich auf dem Kosovo vor Beginn der Angriffe tatsächlich vor sich gegangen ist. Einig ist man sich nur in der Verurteilung von Milošević. Ob man die Vorgänge auf dem Kosovo tatsächlich als Völkermord bezeichnen kann, ist umstritten. Es gab auch die Forderung, den Ausdruck „Deportationen“ für die planmäßigen Vertreibungen der kosovo-albanischen Bevölkerung nicht zu verwenden, da dieser völkerrechtlich an eindeutige Bedingungen geknüpft sei, die im Falle Kosovo nicht erfüllt seien. Auch die Umstände der Ablehnung des Abkommens von Rambouillet durch die serbische Seite sind umstritten: Gab es überhaupt Verhandlungsspielraum, oder hat der Westen das von ihm ja auch offen zugegebene Prinzip „Take it or leave it“ extensiv ausgenutzt? Sah das Abkommen eine so weitgehende Einschränkung der Souveränität vor, daß eine Unterzeichnung durch Jugoslawien überhaupt nicht zumutbar war, oder handelte es sich im Prinzip um nichts anderes als das, was Milošević 1995 ja auch in Dayton für Bosnien schon unterschrieben hatte? Und schließlich die Frage nach dem Zusammenhang zwischen den Bombenangriffen und den Vertreibungen aus dem Kosovo: Waren die Vertreibungen bereits geplant und hätten auf jeden Fall, also auch vor den Augen der OSZE-Beobachter, stattgefunden, oder sind sie zwar abzulehnende, aber doch erklärbare und damit vorauszusehende Folge der NATO-Aktionen? All diese Fragen sind bis heute heftig umstritten. Tatsächlich hängt jedoch von den Antworten auf sie in hohem Maße die moralische Bewertung der Luftangriffe ab.

Die unterschiedliche Akzeptanz der NATO-Aktion bei den Beobachtern hängt also zentral damit zusammen, daß völlig unterschiedliche Bewertungen der vorhergehenden Ereignisse vorliegen. Sicher gibt es hier Wechselwirkungen: Wer bereit ist, die Angriffe des westlichen Bündnisses zu akzeptieren, wird eher bereit sein, dem Verhalten des jugoslawischen Regimes genozidalen Charakter zuzugestehen, und umgekehrt wird ein Gegner der Angriffe die Ereignisse eher zu relativieren suchen. Zur schwindenden Akzeptanz bei der Bevölkerung trugen sicher auch die Informationspolitik der NATO bei, die trotz der vermeintlichen Offenheit doch versuchte, die Wahrnehmung zugunsten des Militärbündnisses zu steuern, sowie die Treffer auf Brücken, Wohnviertel und Krankenhäuser, die zahlreiche Zivilopfer zur Folge hatten.

² Zur Erfüllung einiger dieser Forderungen hatte sich die jugoslawische Regierung bereiterklärt; allerdings hat sie immer die Stationierung einer Schutztruppe abgelehnt.

Eine politische Konsequenz der Ereignisse liegt vor allem darin, daß sich die rechtlichen Strukturprinzipien der internationalen Beziehungen in einem Änderungsprozeß befinden³. Wir sind also gewissermaßen Zeugen eines fundamentalen Wandels im internationalen Recht. Die Menschenrechte erlangen eine größere, vielleicht sogar zentrale Rolle. Das Prinzip der Souveränität von Staaten ist nicht mehr unantastbar. Diese Entwicklung, die offenbar gerade erst begonnen hat, ist mit einer Reihe von Problemen verbunden, die es unmöglich machen, ihren Ausgang vorherzusagen⁴. Einige von ihnen seien genannt:

- Viele Kritiker haben darauf hingewiesen, daß das Eingreifen des Westens selektiv ist. Hierbei werden der Kurdenkonflikt in der Türkei, in den offensichtlich deswegen nicht eingegriffen wird, weil die Türkei ein wichtiger Verbündeter des Westens ist, oder aber die Ereignisse in Ruanda, in die wegen des mangelnden Interesses der Industriestaaten an der Region nicht interveniert wurde, als Beleg angeführt.
- Ein weiteres Problem dieser Entwicklung ist die Frage nach dem „notwendigen“ Grad der Verletzung von Menschenrechten. Welches Maß an Menschenrechtsmißachtungen muß gegeben sein, damit eine Intervention gerechtfertigt ist?
- Wenn die Zustimmung des Sicherheitsrates nicht mehr als notwendig erachtet wird⁵, stellt sich die Frage, wer über die Legitimität von Interventionen entscheiden kann. Auch für die meisten Befürworter des Eingreifens in Jugoslawien ist es inakzeptabel, daß die NATO (oder auch andere Militärbündnisse) sich selber das Mandat zum Eingreifen erteilen könnten.
- In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage nach einer Reform der Vereinten Nationen mit großer Dringlichkeit. Es ist kritisch zu überlegen, ob die Vollversammlung (in der ja eine ganze Reihe von Staaten mit undemokratischen Systemen vertreten sind, in denen die Menschenrechte mißachtet werden) mit einer qualifizierten Mehrheit tatsächlich an die Stelle des Sicherheitsrates treten kann, oder ob dafür ein anderes Prinzip angewendet werden kann.

Doch ist als die größte Herausforderung dieser Entwicklung die Tatsache zu betrachten, daß nicht abzusehen ist, worauf sie hinausläuft. Man verläßt also ein Prinzip, das eine gewisse Rechtssicherheit geboten hat, um die internationalen Beziehungen auf eine Grundlage zu stel-

³ Vgl. hierzu D. Senghaas, Recht auf Nothilfe, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 12. Juli 1999, S. 12; G. Beestermöller, Abschied von der UNO? Zu militärischen Einsätzen der NATO ohne UN-Mandat, in: Die neue Ordnung 53 (1999) S. 164-185, warnt vor den möglichen Folgen der Entwicklung für den Grundsatz der Kriegsächtung.

⁴ Kritisch zur Position, daß aufgrund dieser Entwicklung schon ein „Rechtswandel“ eingesetzt habe, äußert sich H. Weber, Rechtsverstoß, Fortentwicklung oder Neuinterpretation?, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 9. Juli 1999, S. 8.

len, von der niemand weiß, ob sie tragfähig ist, zumal die angeführten Fragen nicht geklärt sind. Erst im Prozeß der Installierung eines neuen Paradigmas wird sich zeigen, wohin es sich entwickelt. Daher ist es für die demokratischen Staaten von zentraler Wichtigkeit, diesen Prozeß aufmerksam und kritisch zu begleiten.

Die ökumenischen Beziehungen

Obgleich die Kirchen in Deutschland in der oben skizzierten Frage ja nicht direkt betroffen sind, haben sie sich sehr früh sehr deutlich zum NATO-Angriff auf Jugoslawien geäußert. Eine Auswahl der Stellungnahmen: Der Vorsitzende der katholischen Bischofskonferenz, Bischof Lehmann, hat am 25. März 1999 die humanitären Ziele der Intervention anerkannt⁶. Am gleichen Tag erklärte der Ratsvorsitzende der EKD, Präses Kock, nach dem Scheitern der Verhandlungen gelte militärische Gewalt als einzig wirksames, letztes Mittel, um die Verbrechen zu beenden und Menschenleben zu retten⁷. In einem gemeinsamen Aufruf beider Kirchenleiter zu Ostern (11. April 1999) wird die Frage nach der Rechtfertigung der Angriffe nicht thematisiert, sondern vor allem auf die Grenzen kirchlicher Handlungsmöglichkeiten und auf das Leiden der betroffenen Menschen abgehoben⁸. Eine Erklärung des Ständigen Rates der Deutschen Bischofskonferenz verteidigt hingegen den Militäreinsatz, indem sie sagt, die Solidarität gebiete nach Versagen aller anderen Mittel dem Unrecht auch militärisch entgegenzutreten⁹. Schließlich gibt es eine weitere Erklärung von Präses Kock, die am 20. April veröffentlicht wurde und in der er zur Hilfe für die Leidenden und zum Dialog aufruft, ohne den Militäreinsatz zu bewerten¹⁰.

Die kriegesischen Handlungen (weniger die Äußerungen der westlichen Kirchen) haben auch die – ohnehin schwierigen und vorbelasteten - Beziehungen zur Serbischen Orthodoxen Kirche (SOK) nicht unberührt gelassen. Bekanntlich hat es ja insbesondere zwischen der EKD und der SOK während des Bosnien-Krieges erhebliche Irritationen gegeben, die vor allem auf Äußerungen der SOK zum Krieg und auf Reaktionen von seiten der EKD zurückzuführen waren. Es ist daher interessant, daß in den genannten offiziellen Äußerungen der deutschen Kirchenleitungen immer die ökumenischen Beziehungen zur SOK betont werden.

⁵ Die amerikanische Außenministerin hat allerdings kurz nach dem Ende der Angriffe erklärt, daß das Vorgehen gegen Jugoslawien für die NATO keinen Präzedenzfall darstelle.

⁶ Der Text in: Orthodoxie aktuell 4/1999, S. 26 f.

⁷ A.a.O., S. 26.

⁸ A.a.O., S. 28.

⁹ A.a.O., S. 28-30.

¹⁰ A.a.O., S. 30-31.

In den Auseinandersetzungen um das Kosovo hat die SOK jedoch in den Monaten vor den NATO-Angriffen eine andere Position vertreten, als das in Bosnien der Fall war. Der für das Kosovo zuständige Bischof Artemije, der bislang eher als *hardliner* gegolten hatte¹¹, war in der Zeit der Eskalation des Konflikts durch zahlreiche Äußerungen hervorgetreten, in denen er betonte, daß alle Bewohner des Kosovo zusammenleben könnten und müßten, daß es hierfür die historische Erfahrung gebe und daß das Gebiet nicht nur einer Nation gehörte. Bischof Artemije beanspruchte auch politisches Gehör und reiste etwa (wenngleich ohne formelles Mandat) zu den Verhandlungen nach Rambouillet, ohne dort jedoch an den Verhandlungen teilnehmen zu können: Die von ihm vertretene These, daß ein Zusammenleben von Serben und Albanern in der Provinz möglich sei, paßte der jugoslawischen Regierung nicht in ihr politisches Konzept¹².

Diese veränderte Haltung der SOK, die sicher auch aus der Furcht der Serben vor einem endgültigen Verlust des Kosovo resultierte, wie er sich jetzt (Sommer 1999) abzeichnet, trug in erheblichem Maße dazu bei, daß sich die Beziehungen zu den westlichen Kirchen nicht radikal verschlechterten. Neben den angeführten Äußerungen der deutschen Kirchenleitungen gab es gleichzeitig auch ökumenische Aussagen mit der SOK sowie Besuche ökumenischer Delegationen in Belgrad. Der katholische Bischof von Hildesheim, Homeyer, hat gemeinsam mit dem serbischen Bischof für Mitteleuropa, Konstantin, einen Aufruf an die Angehörigen der Gemeinden beider Bistümer verfaßt¹³. Die Bischöfe erinnern besonders an die guten Kontakte zwischen den katholischen und den serbisch-orthodoxen Gemeinden und fordern alle auf, sich weiterhin für die Verständigung zwischen den Völkern einzusetzen. In der Presse wurde auch von den Bemühungen berichtet, einen Briefwechsel zwischen der Kommission der katholischen Bischofskonferenzen in der EU (deren Vorsitzender Homeyer ist) und dem Synod der SOK zu initiieren. Die Presseberichte von der Begegnung zwischen den Bischöfen Homeyer und Konstantin, bei der der gemeinsame Aufruf vorgestellt wurde, zeigen jedoch deutlich die unterschiedliche Wahrnehmung zwischen der katholischen und der orthodoxen (oder besser: der deutschen und der jugoslawischen) Seite¹⁴.

In diesem Zusammenhang ist es bemerkenswert, daß sich die römische Kirche äußerst kritisch zu den Angriffen geäußert hat. Papst Johannes Paul II. hatte ja bekanntlich bereits zu Ostern eine Waffenruhe verlangt; ähnlich äußerten sich Kardinalstaatssekretär Sodano und

¹¹ So hatte Artemije 1993, also während des Bosnien-Krieges, einen *Trebnik* (Euchologion, Gebetbuch) veröffentlicht, der auch einen Ritus für Waffensegnungen enthielt, weswegen er heftig angegriffen wurde. Vgl. Glaube in der 2. Welt (1995) Heft 10, S. 25-26.

¹² Besondere Bekanntheit im Westen hat der Sekretär von Bischof Artemije, Sava, erlangt, der vor allem auf der Internet-Homepage des Diözeses und durch E-Mail die Öffentlichkeit über den Standpunkt der SOK informierte.

¹³ Orthodoxie aktuell 4/1999, S. 24.

¹⁴ Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 15. April 1999, S. 4; Süddeutsche Zeitung vom 15. April 1999, S. 6.

der Apostolische Nuntius in Belgrad¹⁵. In einem internen *aide-mémoire* des Vatikan, das an die Öffentlichkeit gelangte, wird vorgeschlagen, die NATO solle die Angriffe einstellen, damit eine Rückkehr zu Verhandlungen möglich werde¹⁶. Ähnlich äußerten sich auch Vertreter der katholischen Kirche in der Region, etwa in Bosnien oder in Kroatien¹⁷. Die Interventionsdiskussion ist also vor allem eine westliches Thema gewesen, das besonders in den Kirchen derjenigen Staaten diskutiert wurde, deren Truppen an den Angriffen beteiligt waren. Auch die ökumenischen Gremien (Weltkirchenrat, Konferenz Europäischer Kirchen) verurteilten in zahlreichen Stellungnahmen die Militäraktion des westlichen Bündnisses. Sie waren sicher auch durch die große Zahl und den großen Einfluß ihrer orthodoxen Mitgliedskirchen (und wegen der ohnehin schwierigen Beziehung dieser Kirchen zu ökumenischen Bestrebungen) veranlaßt, eine eher vorsichtige und vermittelnde Haltung einzunehmen. Tatsächlich waren auch mehrfach ökumenische Delegationen während des Krieges in Jugoslawien¹⁸ und trafen sich mit den wichtigen Vertretern der Religionsgemeinschaften und des Staates.

Die ohnehin brüchigen und instabilen ökumenischen Beziehungen der westlichen Kirchen zur serbischen Orthodoxie sind durch die Militäraktion der NATO noch mehr belastet worden. Interessanterweise spielt dabei, wie oben angedeutet, die Haltung der westlichen Kirchen keine große Rolle; es geht für die Serben eher um die grundsätzliche Beziehung zum „Westen“, der häufig als „satanisch“ wahrgenommen wird. Die in der serbischen Orthodoxie stark verbreitete Kritik an der westlichen Kultur und Zivilisation wird durch die militärischen Ereignisse für die serbische Wahrnehmung noch bestätigt. Das läßt sich deutlich an den Äußerungen der SOK während des Krieges sehen: Obgleich immer betont wird, daß ein Zusammenleben von Serben und Albanern möglich sein müsse und daß allen Bewohnern die gleichen Menschenrechte gewährt sein müßten, wird doch der Krieg als einseitige, ungerechtfertigte Aggression der NATO verurteilt. Die Ermordungen und Vertreibungen der Albaner werden dabei oft gar nicht erwähnt. Besonders deutlich wird Bischof Artemije in einem „Offenen Brief an die Präsidenten, Staaten und Parlamente, Diplomaten und Botschafter der USA und der westlichen Staaten“, den er mit den Worten beschließt: „Während wir orthodoxen Serben unter Ihnen leiden, ist unser Bedauern für Sie ehrlich. Ihre Katastrophe ist schrecklicher als unsere, denn sie wird länger währen; länger, weil Sie unfähig sind, das Unheil, das Sie über

¹⁵ Vgl. KNA Vatikan Nr. 61, 30. März 1999, S. 3.

¹⁶ KNA Dokumentation Nr. 12, 2. April 1999.

¹⁷ So erklärte die bischöfliche Kommission für Gerechtigkeit und Frieden der kroatischen Bischofskonferenz, man könne nicht erkennen, daß das Vorgehen der NATO auch nur „den kleinsten Nutzen für die Opfer der Vertreibungsaktion“ habe (KNA Ausland, 8. April 1999, S. 66).

¹⁸ Auch der Besuch des amerikanischen Pastors Jesse Jackson, der die Freilassung der drei gefangenen US-Soldaten erreichte, geschah im Rahmen einer ökumenischen Delegationsreise aus den USA, an der neben Vertretern der christlichen Konfessionen auch solche des Islam und des Judentums teilnahmen.

uns bringen, zu bereuen. Deshalb beten wir für Sie (...): 'Vater, vergib ihnen, denn sie wissen nicht, was sie tun'.¹⁹ Hier wird die angedeutete Haltung sichtbar, die in der SOK vorherrscht: eine grundsätzliche Kritik am Westen und seinen Werten, der sich ungeachtet seiner Berufung auf das Christentum, die jedoch nicht als echt akzeptiert wird („Wenn ... Sie an Gott glauben, was Sie vorgeben zu tun“, heißt es in dem gleichen „Offenen Brief“²⁰), von Christus entfernt hat.

Diese Haltung hat in der Theologie der SOK eine gewisse Tradition; die beiden bedeutendsten Theologen dieser Kirche im 20. Jahrhundert, Bischof Nikolaj Velimirovi'c (+ 1956) und Archimandrit Justin Popovi'c (+ 1979), vertraten eine dem Westen gegenüber deutlich kritische Position²¹. Ihre Haltung wurde von Theologen der jüngeren Generation in Serbien rezipiert, die heute als Bischöfe eine wichtige Rolle in der SOK spielen²². Hierbei wird ein starker Akzent auf die Bedeutung der eigenen Nation und ihrer Geschichte gelegt. Die besondere Betonung des Leidens der Serben ist auch in den Äußerungen der SOK während des Kosovo-Krieges immer wieder zu sehen, oft verbunden mit einer Kreuzes-Metaphorik, in der das Leiden Christi mit dem Dulden des serbischen Volkes gleichgesetzt wird.

Was bedeutet diese völlig unterschiedliche, ja zum Teil diametral entgegengesetzte Sichtweise der jüngsten Ereignisse nun für die künftigen ökumenischen Beziehungen? Das Hauptproblem liegt vor allem in den bilateralen Beziehungen zu den einzelnen westlichen Kirchen; die Irritationen zwischen orthodoxen Theologen und Kirchen einerseits und den ökumenischen Gremien (Weltkirchenrat, Konferenz Europäischer Kirchen) andererseits liegen auf einer anderen Ebene. Bei der Frage der unterschiedlichen Sichtweisen geht es nicht einfach um Differenzen in einzelnen theologischen Fragen, sondern um eine grundsätzlich andere Sicht der Dinge, um ein anderes Paradigma, unter dem letzten Endes die gesamte Wirklichkeit verstanden wird. Damit ist ein Dialog über theologische Einzelfragen allein wenig hilfreich, da selbst durch eine eventuelle Einigung in diesen Fragen der Grundunterschied nicht gelöst werden kann.

Die Aufgabe künftiger ökumenischer Beziehungen wird also dann vor allem darin bestehen müssen, diesen Grundunterschied zu thematisieren und nach einer Lösung zu suchen, die sich nicht nur auf Details bezieht. Hier sei nur angedeutet, daß das bekannte Prinzip der ökumenischen Theologie „Einheit in Verschiedenheit“ wohl die Richtung anzeigt, in die eine Lösung

¹⁹ Orthodoxie aktuell 5/1999, S. 16-19, hier: 19.

²⁰ A.a.O., S. 17.

²¹ Vgl. hierzu Th. Bremer, Ekklesiale Struktur und Ekklesiologie in der Serbischen Orthodoxen Kirche im 19. und 20. Jahrhundert, Würzburg 1992; Chr. Grill, Serbischer Messianismus und Europa bei Bischof Velimirovi'c, St. Ottilien 1998.

²² Hier sind neben Bischof Artemije vor allem die Bischöfe Irinej (Bulovi'c) und Atanasije (Jevti'c) sowie Metropolit Amfilohije (Radovi'c) zu nennen.

gehen muß. Allerdings bleibt zu klären, ob die Gemeinsamkeiten tragfähig genug sind, um eine solche Lösung zu ermöglichen.

Die Rückkehr des „Gerechten Krieges“?

Der französische Philosoph André Glucksmann, schon während des Bosnien-Krieges einer der bekanntesten und engagiertesten Verfechter einer militärischen Intervention, hat sich bei einer Konferenz über das Kosovo Anfang Juli 1999 in Berlin ausdrücklich auf Thomas von Aquin und auf die Lehre vom gerechten Krieg berufen, um das NATO-Eingreifen im Kosovo zu rechtfertigen. Der frühere Hamburger Bürgermeister Voscherau hingegen hat auf dem SPD-Parteitag im Frühjahr 1999 den Kosovo-Einsatz auch deswegen abgelehnt, weil dadurch, wie er sagte, „die jahrhundertealte Irrlehre vom gerechten Krieg“ zurückkehre.

Nun ließe sich sagen, daß gerade nach den traditionellen Prinzipien vom gerechten Krieg, wie sie vor allem von Thomas und von Franz von Vitoria systematisiert wurden, diese Intervention eigentlich hätte abgelehnt werden müssen, da die Verhältnismäßigkeit der Mittel (*debitus modus*) nicht gewahrt blieb: Das erklärte Ziel, die betroffene Bevölkerung zu schützen, ist ja trotz des massiven Eingreifens gerade nicht erreicht worden. Andererseits sind wir wohl das erste Mal in der Geschichte Zeugen davon, daß durch die Intervention der NATO ethnische Säuberungen und Vertreibungen rückgängig gemacht werden – wenn auch um den Preis neuerlicher Vertreibungen. Die Lehre vom gerechten Krieg kann durch die Ereignisse vom Frühjahr 1999 tatsächlich eine neue Berechtigung erhalten.

Eine Vorbemerkung: Vom Standpunkt des radikalen Pazifismus aus kann kein Krieg gerecht sein, auch kein Verteidigungskrieg. Wenn also die Wiederbelebung der Lehre vom gerechten Krieg diskutiert wird, bleibt klar, daß für Pazifisten diese Lehre nicht zu akzeptieren ist. Die folgenden Überlegungen können also nur unter der Grundvoraussetzung Gültigkeit beanspruchen, daß unter gewissen Umständen militärische Auseinandersetzungen unvermeidbar sein können.

Die Entwicklung des internationalen Rechts mit dem Prinzip der Friedenspflicht für Staaten hat die Lehre vom gerechten Krieg eigentlich obsolet gemacht. Da die Souveränität von Staaten im modernen Verständnis nicht das Recht einschließt, einen Krieg zu beginnen, kann es auch keinen gerechten Krieg im klassischen Sinne mehr geben. Die einzige Ausnahme ist der Verteidigungskrieg, der aber eigentlich nicht unter diese Kategorie fällt, da er ja die Reaktion auf einen Angriff darstellt. Der Verteidigungskrieg ist somit die aktive Teilnahme an einem

bereits geführten Krieg, und zwar entweder zur eigenen Verteidigung, oder aber um einem anderen, angegriffenen Staat, der sich alleine nicht verteidigen kann, beizustehen. Auch dieses Argument war während der Kosovo-Aktion häufig zu hören, nämlich daß Milošević-Regime den Krieg begonnen habe, und zwar gegen die hilflosen Kosovo-Albaner, worauf ihm die NATO „in den Arm gefallen“ sei. Doch auch wenn man diese Argumentation akzeptiert, dann handelt es sich beim Vorgehen der NATO noch nicht um einen gerechtfertigten Verteidigungskrieg. Beim Kosovo handelt es sich ja zweifellos um Territorium der Bundesrepublik Jugoslawien²³, so daß es also um einen innerstaatlichen Konflikt geht. Somit ist allein das Einschreiten gegen die massive Bedrohung und Einschränkung der Menschenrechte im Kosovo der Grund, mit dem die Intervention gerechtfertigt wurde. Hinzuzufügen ist noch, daß sich die NATO ja in ihrer neuen Doktrin (die während des Krieges, nämlich im April 1999 verabschiedet wurde) ausdrücklich das Recht vorbehält, auch ohne Ermächtigung durch den Welt-sicherheitsrat tätig zu werden²⁴.

Die Friedensethik steht also vor der Herausforderung abzuwägen, ob unter den gegebenen neuen Umständen Kriege gerecht sein können, ob also die Lehre vom gerechten Krieg unter einem neuen Paradigma wieder neue Bedeutung erlangen kann. Es scheint dabei klar zu sein, daß die herkömmlichen Kriterien dieser Lehre alleine nicht mehr greifen. Hauptargument für die Überlegung müßte dabei vielmehr sein, daß ein neues Prinzip das Handeln der Staaten leiten würde, nämlich das der Menschenrechte. Dabei muß eindeutig gewährleistet sein, daß es nicht durch Partikularinteressen von Staaten und Staatengruppen in den Hintergrund gedrängt werden kann, so daß durch die Hintertür über das neu eingeführte Prinzip der Moral wieder die politischen, wirtschaftlichen und militärischen Interessen als bestimmender Faktor Bedeutung erlangen würden. Die im ersten Teil dieser Überlegungen angesprochenen Fragen der Neugestaltung der internationalen Beziehungen bedürfen daher besonderer Aufmerksamkeit der christlichen Sozialethik. Es ist wahrscheinlich, daß in den nächsten Jahren in diesem Bereich wichtige Weichenstellungen für die Zukunft erfolgen werden. Die Frage nach dem gerechten Krieg (im neuen Sinne) reduziert sich dabei nicht nur auf das erwähnte Problem der Mandatierung, sondern muß auch solche Fragen behandeln wie die nach der Festlegung der Interventionsschwelle oder nach der Kontrolle der Intervention. Es liegt auf der Hand, daß hiermit zahlreiche weitere Probleme verbunden sind. Auch der kirchlichen Friedensforschung stehen damit ähnliche Aufgaben bevor wie der Politik, nämlich die Identifizierung von

²³ Auf diese Tatsache haben die westlichen Staaten immer wieder hingewiesen, nicht zuletzt dadurch, daß sie die staatliche Selbständigkeit der Provinz ausgeschlossen haben.

²⁴ W. Woyke/J. Varwick, NATO 2000, Opladen 1999, S. 88f. Die Autoren weisen darauf hin, daß die NATO damit kein kollektives Verteidigungsbündnis im Sinne der UN-Charta und auch keine regionale Militärorganisation mit Handlungsermächtigung durch den Sicherheitsrat wäre.

Grundlagen und Kriterien für den gerechten Krieg. Sie muß also in kritischer Abgrenzung und Bestimmung von möglichen Gefahren, die insbesondere durch Interessen mächtiger Staaten gegeben sein können, Prinzipien erarbeiten, die eine mögliche militärische Intervention als letzte Möglichkeit regulieren. Im Falle einer tatsächlichen neuerlichen Intervention hat sie darauf zu insistieren, daß diese Prinzipien auch beachtet werden.

Nur am Rande sei darauf verwiesen, daß durch diesen Prozeß, der zu erwarten ist, auch das Verhältnis zwischen Staat und Kirche berührt werden kann. Die diffizile Balance, die es in Deutschland zwischen beiden gibt, könnte dadurch leicht beeinträchtigt werden. Die jüngsten Ereignisse um die Schwangerenberatung sowie die Diskussion um die Kirchensteuer zeigen, daß die Beziehung zwischen Staat und Kirchen zwar gut sind, aber leicht in Beeinträchtigung gebracht werden können.

Die Lehre vom gerechten Krieg wird also eine neue Dimension erhalten, und zwar auf Kosten des Prinzips der Souveränität der Staaten. Sie sind damit nicht mehr frei und „souverän“, auf ihrem Territorium so zu schalten, wie es ihnen beliebt. Sie müssen sich an gewisse Prinzipien – eben die Menschenrechte – halten, sonst laufen sie Gefahr, mit Gewalt dazu gezwungen zu werden. Eine solche Intervention wäre dann ein gerechter Krieg. Es ist klar, daß nach wie vor von vielen Staaten Menschenrechtsverletzungen begangen werden können, ohne daß das geahndet würde, und daß zunächst weiterhin unterschiedliches Maß angelegt werden wird. Doch der begonnene Prozeß der Neugestaltung der internationalen Rechtsbeziehungen zugunsten der Menschenrecht ist wohl unumkehrbar. Damit ist auch offensichtlich, daß die bisherigen Prinzipien der kirchlichen und theologischen Tradition dafür, ob ein Krieg gerecht ist, nicht mehr ausreichen. Vielmehr wird es notwendig sein, in Anwendung des oben Gesagten neue Kriterien zu entwickeln. Auch der theologischen Friedensethik stehen also große und wichtige Aufgaben bevor, derer sie sich bevorzugt widmen müssen.

Thomas Bremer, Münster